

ESSAY KIRCHE UND STAAT

Weder noch

Luc Caregari

Beim geplanten Werteunterricht geht es vor allem um die Frage, wer ein Recht darauf hat, Ethik zu unterrichten - die katholische Kirche kann das bestimmt nicht sein.

„Billige Religionskritiker, die nicht wissen, was Katechismus ist“, „Wenn der Staat die Wertevermittlung übernehmen soll, kommen wir zurück in die Sowjetunion“ - was Erzbischof Jean-Claude Hollerich am 27. Dezember im RTL-Journal abließ, klang fast wie von der neuen Regierung bestellt. Als ob er sich absichtlich in die Nesseln setzen wollte, zeigte sich der lokale Kirchenfürst so überheblich und weltfremd, dass sein Auftritt für seine Kritiker zum gefundenen Fressen wurde. Die Frage drängt sich auf, wie ein Mensch, der daherredet wie ein in der Zeit stehengebliebener kalter Krieger - denn seine stramm anti-kommunistische Rhetorik lässt eigentlich nur diese Deutung zu - überhaupt fähig sein soll, einen „konstruktiven“ Dialog mit einer Regierung zu führen, die den Willen bekundet hat, die längst überfälligen Reformen in Sachen Säkularisierung anzugehen. An dieser Stelle wollen wir außer Acht lassen, dass der angezettelte „Kulturkampf“ auch für die neue Regierung sehr nützlich ist, lenkt er doch vorübergehend von den sozialen Grausamkeiten ab, die sie für das Volk noch in petto hat und von denen sie weiß, dass sie nur in homöopathischen Dosen verabreicht werden dürfen.

Doch der Reihe nach. Was bedeutet die Trennung von Kirche und Staat eigentlich konkret? Die Frage ist sehr komplex, da sie sich auf vielen verschiedenen Ebenen stellt und auch entsprechend differenzierter Antworten bedarf. Am einfachsten verhält es sich noch mit den Kirchenfabriken. Dieses uralte Privileg, das vor allem die Gemeindegassen belastet, gehört ohne Wenn und Aber abgeschafft. Es kann nämlich nicht sein, dass die Gemeinschaft für die Vertreter einer einzigen Religion Kost und Logis stellen und sich auch noch um Reparaturen und Restaurierungen ihrer Kultstätten kümmern muss, während alle anderen Religionsgemeinschaften leer ausgehen. Dieses Privileg wurde im Übrigen auch von der - vom damaligen CSV-Justizminister François Biltgen einbestellten - Expertenkommission als problematisch dargestellt („pose aujourd'hui question en termes de bonnes gouvernance“). Und auch die Gemeinde Luxemburg schluckte letztes Jahr, als sie die Defizite einer ihrer Kirchenfabriken übernehmen sollte, während eine andere doch hohe Profite einstrich. Die Dreistigkeit, dieses Privileg auch noch zu verteidigen, besaß Generalvikar Erny Gillen - obwohl er nach den Neuwahlen etwas zurückgerudert ist, und in einem Radiointerview äußerte, über die Solidarität unter den Kirchenfabriken diskutieren zu wollen. Was das auch immer heißen mag. Eines ist jedoch klar: Wenn die Privilegien der katho-

lischen Kirche abgeschafft werden sollen, muss man bei den Kirchenfabriken anfangen, sonst machen Interventionen auf anderen Ebenen schlichtweg keinen Sinn.

Es geht nicht darum die katholische Kirche zu zerstören.

Die zweite Ebene betrifft ebenfalls die Finanzen, und zwar die Konventionen zwischen Religionsgemeinschaften und Staat - nach denen die katholische Kirche bei Weitem das größte Stück vom Kuchen abbekommt. Diese Vereinbarungen sind mit Artikel 23 in der Verfassung verankert, also nicht leicht zu ändern, da im Falle einer Abstimmung die CSV jede Änderung blockieren könnte. Eine Tatsache, die auch die Expertenkommission bedauert - sie sieht in dieser Verankerung einen Flexibilitätsmangel, der

nicht zu einer religiösen Landschaft passt, die sich im stetigen Wandel befindet. Blicke also ein Referendum über die Angelegenheit - so, wie es die neue Regierung vorsieht. Oder man bedient sich eines Tricks, um die Verfassung zu umgehen. Denn dort steht nur, dass die Beziehungen zwischen Staat und Religionsgemeinschaften über Konventionen geregelt sein müssen, nicht aber, wie diese im Einzelnen auszusehen haben. In diesem Zusammenhang hat der neue Premierminister in seinem Neujahrs-Interview einen interessanten Denkanstoß gegeben. Er stellte die - wohl nicht ganz unschuldige - Frage, wie so man eigentlich nicht auf seiner Steuererklärung ankreuzen kann, ob man einer Religionsgemeinschaft Unterstützung zukommen lassen will oder nicht, und falls ja, welcher und wieviel. Eine solche Option wäre in

Ihr wollt Kulturkampf? - Könnt ihr haben!

Da die Meinungen zum angezettelten Kulturkampf rund um das Thema Kirche und Staat - auch innerhalb der woxx-Redaktion - weit auseinander gehen, haben wir uns dafür entschieden, unsere Seiten für eine kontroverse Diskussion zu öffnen. In den nächsten Wochen und Monaten werden wir deshalb an dieser Stelle Innen- und Außenansichten veröffentlichen. Dazu nehmen wir, liebe Leserinnen und Leser, auch gerne Vorschläge und Texte von Ihnen an.

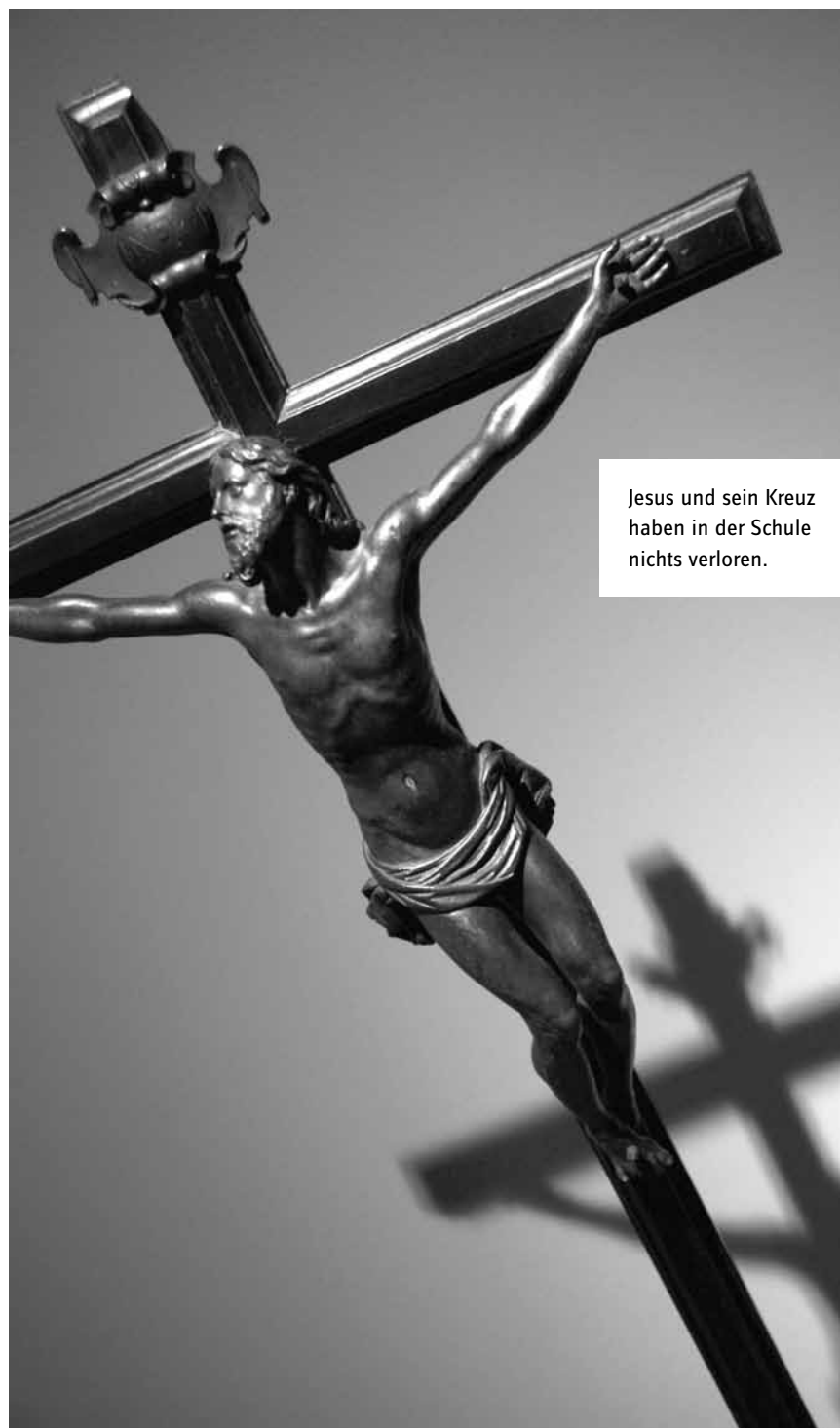
der Tat eine angemessene Lösung des Problems. Die katholische Kirche und die übrigen Religionsgemeinschaften würden weiterhin durch Steuergelder finanziert, aber nur vonseiten derjenigen, die das auch tatsächlich wollen. Spannende Frage, bei wievielen luxemburgischen SteuerzahlerInnen sich dann, wenn es ums liebe Geld ginge, noch religiöse Gefühle manifestieren werden. Diese Lösung hätte außerdem den Vorteil, dass der Staat sich nicht vollends aus den Geschäften der Glaubensgemeinschaften zurückziehen, sondern ihnen weiterhin einen Gratis-Service anbieten könnte: die Kollekte der ihnen zustehenden Gelder. Denn es geht keinesfalls darum, die katholische Kirche zu zerstören, auch wenn viele „Pfaffenfresser“ davon träumen. Es geht nur darum, sie in ihre Schranken zu verweisen.

Die Situation der katholischen Kirche in Luxemburg ist einzigartig, es muss also auch eine spezifische Lösung her. Denn eins zu eins kann man weder das deutsche noch das italienische Modell auf das Großherzogtum übertragen. Den SteuerzahlerInnen muss die Wahlfreiheit überlassen werden, ob sie ihr Geld einer Glaubensgemeinschaft übertragen oder es lieber behalten wollen.

Als nächstes kommt die Ebene der Wertevermittlung. Und diese Frage, die vielleicht die polemischste von allen ist, bedarf einer klaren Positionierung, die frei ist von verkrusteten Traditionen und Bräuchen. Es geht

lediglich darum, herauszufinden, wer das moralische Recht hat, Werte zu vermitteln. Diese Frage muss geklärt werden, bevor man überhaupt über Inhalte eines eventuellen Werteunterrichts diskutieren kann. Für Erzbischof Hollerich ist klar, dass der Staat dafür nicht in Frage kommt, denn damit käme es ja zu sowjetischen Zuständen. Tatsächlich ist die Frage, ob es gut ist, wenn die Wertevermittlung durch den Staat geschieht, berechtigt. Denn: Wer kontrolliert diese Werte? Wer hat Einfluss darauf? Und wer kann die Notbremse ziehen, wenn die staatliche Wertevermittlung in eine falsche oder gar gefährliche Richtung läuft?

Trotzdem sollte man wegen dieser Fragestellung nicht reflexartig folgern, dass, wenn die Wertevermittlung durch den Staat fragwürdig ist, sie dann automatisch besser in den Händen der katholischen Kirche aufgehoben wäre. Denn was ist diese Kirche? Wir reden hier nicht von den Gläubigen als Einzelpersonen, sondern von der Institution. Und diese Institution hat mächtig Dreck am Stecken, seit Jahrhunderten schon. Hinzu kommt, dass die katholische Kirche sich sehr schwer tut, ihre historischen Fehler zuzugeben oder gar aufzubereiten. Im Gegenteil: Kritiker werden oft von ihr nicht ernst genommen und der Blick auf die eigene Institution ist oft realitätsfern. So würde es nicht wundern wenn Kirchenvertreter behaupteten, die Kreuzzüge wären ein



Jesus und sein Kreuz haben in der Schule nichts verloren.

FOTO: © FLICKR / HILLARY H

Tourismusprojekt, die Inquisition mit ihren Hexenverbrennungen lediglich Dorfanimationen im Mittelalter oder die Frauenklöster Orte der weiblichen Emanzipation gewesen. Letzteres hat übrigens Domprobst Georges Hellinghausen allen Ernstes in einer Carte Blanche behauptet. Doch nicht nur die Kirche in Rom sollte sich an die eigene Nase fassen, auch in Luxemburg gab es schlimme Verfehlungen. Denn was soll man von einer Institution halten, die, mit dem Vorwurf der Pädophilie konfrontiert, diesen von ihren eigenen Leuten untersuchen lässt, das Vorgefallene ein bisschen bedauert und dann fortfährt, als wäre nichts geschehen - mal abgesehen von ein paar Reparationszahlungen, die im Vergleich mit dem Ausland geradezu lächerlich und eine Beleidigung sind?

Eine solche Institution darf auf keinen Fall das Vorrecht haben, Kindern und Jugendlichen Werte zu vermitteln. Eigentlich kann es nur einen einzigen Ausweg aus dem Dilemma geben: Weder Kirche noch Staat sollten Werte vermitteln. Anstatt Religionsunterricht und „Morale laïque“ in einen Werteunterricht zu verwandeln, sollten beide Fächer einfach abschafft und durch mehr Kunst- oder Philosophiestunden ersetzt werden. Denn tatsächlich gibt es beträchtlich viele Menschen in Luxemburg, deren Eltern schon vor Jahrzehnten den Mut hatten, sie weder in den einen noch in den anderen Unterricht zu schicken - und aus denen sind sicher keine Monster geworden.